

• Konferenz Bericht

sef:

Dresdner Forum für Internationale Politik 2019

Partizipation oder Polarisierung? Soziale Medien und gesellschaftlicher Frieden

Larissa Neubauer

Soziale Netzwerke haben in den vergangenen zehn Jahren die Art, wie wir Nachrichten und Informationen nutzen und konsumieren, verändert. Sie ermöglichen eine weltweite Vernetzung und Verbreitung von Information. Zwei Drittel der Weltbevölkerung nutzen bereits das Internet, davon sind mehr als die Hälfte in sozialen Medien aktiv. Welchen Einfluss haben soziale Netzwerke auf die Beteiligung in demokratischen Prozessen? Und wie wirken soziale Medien auf die Polarisierung innerhalb von Gesellschaften? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich das Dresdner Forum für Internationale Politik am 19.-20. März 2019.



Analoger Stimmungstest zu digitalen Themen: Beginn des Dresdner Forums für Internationale Politik im Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Dresden

„The good, the bad, and the ugly“

Einführend zeigte Nanjala Nyabola, Autorin und politische Analystin aus Nairobi, anhand von Kenia, wie soziale Plattformen sowohl Gutes als auch Schlechtes und Hässliches in der Gesellschaft hervorbringen. Gemeinden oder soziale Gruppen am Rande traditioneller Berichterstattung könnten sich über soziale Medien Gehör verschaffen. So sei es der Feminismus-Bewegung in Kenia gelungen, sich stärker politisch einzumischen. Gleichzeitig nehme auch in Kenia die Verbreitung von Hassrede, Propaganda und Falschnachrichten zu. Gerade in politisch kritischen Zeiten rund um die Wahlen werde die Rhetorik im Netz gewaltvoller.

Das „hässliche“ Gesicht zeigt sich nach Ansicht von Nyabola in der „digitalen Kolonialisierung“: Die Einmischung in Wahlen in westlichen Ländern sei nicht der Anfangspunkt digitaler Manipulation gewesen. Cambridge Analytica zum Beispiel habe viele Taktiken bereits in früheren Wahlen in afrikanischen Ländern getestet. Nyabola verwies besorgt auf die Tatsache, dass ausländische private Firmen einen erheblichen Einfluss auf Wahlen in Ländern im globalen Süden haben. Kandidaten und ihre Unterstützer würden extrem viel Geld an diese privaten Firmen zahlen, um sich im Wahlkampf Vorteile zu verschaffen. Autokratische Regierungen wiederum hätten die „Bedrohung“ durch das Internet erkannt und würden dieses oftmals einfach abschalten, wenn sie die Inhalte, die dort geteilt werden, nicht mehr kontrollieren könnten. „Das Abschalten des Netzes ist symbolisch für ihre Angst“, so Nyabola.

Angesichts der Bedeutung sozialer Medien müssten wir uns fragen, ob wir diese nicht wie ein öffentliches Gut behandeln und „öffentlich-rechtliche“ Alternativen schaffen sollten, z.B. ein regionales Afrika-Netzwerk, das mit öffentlichen Geldern betrieben wird. Zugleich machte sie deutlich, dass soziale Medien trotz der gewaltigen Veränderungen, die sie in der politischen Landschaft geschaffen haben, kein allmächtiges Instrument sind. Ein Tweet könne keine Konferenz und kein persönliches Treffen ersetzen, und nur weil etwas „viral“ gehe, müsse es nicht wirklich effektiv gewesen sein. Als Beispiel nannte sie den Hashtag #bringbackourgirls, der zwar weltweite Aufmerksamkeit auf die Entführung Minderjähriger durch die islamistische Organisation Boko Haram lenkte, aber keines der Mädchen am Ende zurückbrachte.



Laura Chinchilla und Nanjala Nyabola in der Dresdner Frauenkirche

Wer manipuliert hier eigentlich?

Die bereits angesprochene Online-Manipulation, zum Beispiel im Vorfeld von Wahlen, zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Zum einen kann es im Vorfeld beziehungsweise bei der Durchführung von Wahlen zu Angriffen auf die Wahlsysteme selbst kommen. Zum anderen aber werden politische Diskussionen durch das Lancieren von gehackten oder verfälschten Informationen manipuliert. Die Manipulation funktioniert insbesondere durch das Zusammenspiel verschiedener Werkzeuge. Auch traditionelle Medien spielen eine verstärkende Rolle, indem sie zum Beispiel lange und ausführlich die geleakten E-Mails von Hillary Clinton im US-Wahlkampf 2016 thematisierten. Ziel von Manipulation ist dabei in den seltensten Fällen, in eine bestimmte politische Richtung zu lenken, sondern vielmehr Chaos und Spaltung in der Gesellschaft zu erreichen.

In Russland beispielsweise arbeiten lose Netzwerke verdeckt an verschiedenen Desinformationskampagnen. Daran beteiligt sind sowohl Vertreter staatli-

cher Institutionen und den staatlichen Medien, als auch Trolle (bezahlte Blogger, die Falschinformationen verbreiten) und social bots (automatisierte Software, die Meldungen verbreiten). Deren Zusammenwirken lässt sich allerdings meist kaum nachweisen. Die Kampagnen zielen vor allem auf diejenigen, die vielleicht schon verunsichert sind. „Wenn du 100 verschiedene Nachrichten bekommst, die alle unterschiedliche Abläufe schildern, wirst du verwirrt und beginnst zu zweifeln“, fasste Olga Robinson, Journalistin bei BBC Monitoring, zusammen. Sobald Falschmeldungen im Umlauf sind und die angesprochene Zielgruppe damit in Berührung kommt, ist es schwer, diese Falschmeldungen zu widerlegen, da viele in ihrer eigenen Informationsblase stecken. Für die Manipulation von Wahlen müssten nicht Millionen von Wählerinnen und Wählern überzeugt werden, so Robinson. Es könne schon ausreichen, den Teil, der bereits verunsichert ist, zu gewinnen, um den Wahlausgang entscheidend zu beeinflussen.

Gerade in vielen ehemaligen russischen Satellitenstaaten ist der Kampf gegen Falschmeldungen eine besondere Herausforderung, wie Tamar Kintsurashvili, Geschäftsführerin der Media Development Foundation in Tiflis, berichtete. Mit großen handwerklichen Fähigkeiten werde zum Beispiel durch das „deflective source-Model“ versucht, westliche Länder zu diskreditieren: Dabei werden Falschmeldungen oder verwirrende Meldungen auf Kopie-Seiten veröffentlicht, die denen westlicher Qualitätsmedien erstaunlich ähnlich sehen und nur sehr schwer zu unterscheiden sind.

Online-Regulierung – Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Die beschriebenen vielfältigen Formen von Manipulation haben den Ruf nach einer Regulierung von Online-Plattformen lauter werden lassen. Das Ansehen der führenden internationalen Konzerne hat in den vergangenen Monaten deutlichen Schaden genommen. Doch die Probleme sind mannigfaltig und nicht mit einer Lösung für alle zu überwinden. Das Geschäftsmodell der Online-Giganten basiert auf ihren jeweiligen (geheimen) Algorithmen, die dazu führen, dass ein bestimmtes Nutzerverhalten „belohnt“ wird. Das bedeutet, dass populäre Nachrichten in der Aufmerksamkeit immer weiter nach oben gebracht werden. Populär heißt dabei allerdings eben nicht unbedingt immer richtig, oftmals auch nicht unbedingt legal. Wer auf Youtube Informationen über Migration sucht, landet schnell auf Seiten mit fragwürdigen Verschwörungstheorien. Ein weiteres aktuelles Beispiel ist die Debatte um die Nebenwirkungen durch Impfungen. Bei der Suche nach Informationen landet man schneller auf den Seiten der Impfgegner, statt auf Seiten mit gut recherchierten Informationen. Lässt sich dies verhindern, ohne eine grundlegende Veränderung des Geschäftsmodelles der privaten Plattformen?

Die Diskussionsrunde zur Regulierung von Plattformen warf weitere Fragen auf: Wer darf und sollte regulieren, die Plattformen selbst oder Staaten und



Julia Pohle im Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Dresden

deren Justizsysteme? Welche Inhalte sind illegal und welche sind es nicht? Raymond Serrato, Analyst für Soziale Medien im Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Genf, machte sich zwar für grundsätzliche Internetstandards stark, plädierte aber auch dafür, diese im kulturellen Kontext der jeweiligen Länder zu entwickeln. Gerade unter autoritären Ländern könnten soziale Plattformen leicht zum Komplizen werden, wenn sie „unerwünschtes“ Material auf Anweisung der jeweiligen Staaten entfernen. Auch in der Beurteilung von humoristischen oder satirischen Inhalten müsste der jeweilige Kontext miteinbezogen werden. Ebenso schwierig sei die Abgrenzung bei der Frage, was „terroristische Inhalte“ sind. Die Definition von „Terrorismus“ würde von autokratischen Regierungen gern genutzt, um Systemkritiker/innen zum Schweigen zu bringen.

Politischer Wille gefordert

Renate Nikolay, Kabinettschefin der EU-Justizkommissarin Vera Jourová, warf in der Diskussion ein, dass Plattformen nicht die eigentliche Verantwortung von Staaten aufgedrückt bekommen dürften. Die unmittelbare Löschung von strafbaren Inhalten, wie sie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland vorsehe, sei zwar einerseits begrüßenswert, sie dürfte aber nicht die Strafverfolgung durch die offiziellen Behörden ersetzen. Was offline illegal und strafbar ist, müsse online ebenso behandelt werden. Hier gäbe es noch Verbesserungsbedarf.

Frustrierend sei allerdings, dass es bislang an der politischen Führung mangle. Als Obama seine Social-Media-Kampagne startete und mit Hilfe von Twitter in die direkte Kommunikation mit seinen Wählern eintrat, seien alle begeistert gewesen. Aber diese „glorreichen Tage“ seien vorbei. Heute seien wir damit konfrontiert, dass Staats- und Regierungschefs in den USA und Europa selbst Hetze und Verunsicherung im Netz streuen. Und solange es keine klaren politischen Vorbilder gebe, werde es sehr schwierig sein, gegen Hass und Desinformation anzugehen.

Auch Laura Chinchilla, Vorsitzende der Kofi Annan Kommission für Wahlen und Demokratie im digitalen Zeitalter, attestierte diese anfängliche Begeisterung für die Art, wie soziale Medien zu einer verbesserten politischen Kommunikation führten, und betonte ihre eigenen positiven Erfahrungen als Präsidentin von Costa Rica von 2010-2014. Zwar seien „fake news as old as news, and hate speech as old as speech“, aber das digitale Zeitalter habe sowohl die eine als auch die andere Seite gestärkt. Die Risiken seien offensichtlich, „demokratische Freiheit und Fairness sind in Gefahr“. Um Wahlen auch in Zukunft zu schützen, brauche es gemeinsame Regeln für den Umgang mit Desinformation, unabhängige Fakten-Checks müssten unterstützt, der Informationsaustausch gestärkt und die Sicherheit digitaler Wahlsysteme garantiert werden.



Renate Nikolay im Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Dresden

Nyabola warf die Frage auf, ob wir uns möglicherweise zu sehr an den aktuellen Plattformen abarbeiten. Sie plädierte dafür, mit mehr Energie an einem gesellschaftlichen Klima zu arbeiten, in dem diese Plattformen nicht mehr so große Macht über demokratische Prozesse haben. Sie verwies darauf, dass Facebook, Twitter und Co. bereits die 3. Generation

sozialer Netzwerke seien, und es gebe keine Garantie, dass sie in den nächsten fünf bis zehn Jahren überhaupt noch existierten.



Dr. Michael Kreutzer, Kate Wilkinson und David Scheuing in der Diskussion (v.l.n.r.)

Dr. Julia Pohle, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, warnte hingegen vor zu großer Panik und verglich die aktuelle Situation mit einem Schnupfen: Es sei klar, dass etwas in unseren Demokratien schief laufe und wir uns des Problems annehmen müssten. Allerdings mache das Problem lediglich 5 Prozent aus während 95 Prozent gut funktionierten.

„Zu Ende lesen hilft“

Neben den Versuchen, Desinformation über technische und gesetzliche Regulierung zu verringern, plädierten viele Referentinnen und Referenten dafür, den „Faktor Mensch“ in der Gleichung nicht zu vergessen. Dr. Michael Kreutzer vom Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie in Darmstadt untersucht mit dem interdisziplinären Projekt DORIAN die Verbreitung und Bekämpfung von Desinformation. Er machte darauf aufmerksam, dass die meiste Verbreitung von Desinformation noch immer über Menschen und nicht über Maschinen erfolge. Gerade ältere Menschen seien dafür anfällig. Sein Rat: Informationen zu Ende lesen, aufmerksam sein, auf Widersprüche achten. Ein Preis des Internets sei auch der „Preis des Kostenlosen“. Die mangelnde Bereitschaft für Qualitätsjournalismus zu zahlen, erhöhe die Fehlerquellen. Aber auch an die professionellen Journalistinnen und Journalisten richtete er den Rat, dass Sorgfalt vor Schnelligkeit wieder höher geschätzt werden müsse.

Besondere Sorgfalt im Umgang mit Fakten ist das oberste Ziel der Organisation Africa Check, deren Mitarbeiter/-innen – in der Regel ausgebildete

Journalistinnen und Journalisten – öffentlich zugängliche Nachrichten und Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersuchen. Kate Wilkinson, kommissarisch stellvertretende Chefredakteurin bei Africa Check, wies darauf hin, dass der Faktencheck aber lediglich eine reaktive Aufgabe sei, und sie „den Falschmeldungen um die ganze Welt hinterher jagen und sie schwer einzufangen sind.“ Wilkinson berichtete, dass Africa Check seit einiger Zeit offiziell mit Facebook kooperiere, um dort gemeldete mögliche Falschinformationen zu überprüfen. Das dies aber sehr aufwändig und zeitintensiv sei, könnten nur eine Handvoll Meldungen pro Monaten auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden. Deshalb sensibilisiere Africa Check auch Nutzer/innen dafür, wie sie selbst Meldungen überprüfen und hinterfragen können, bevor sie etwas weiterleiten.

Informationen einordnen und verstehen statt „Medienbedienkompetenz“

Den richtigen Umgang mit der Flut an Information zu finden ist auch eine Aufgabe von schulischer und außerschulischer Bildung. Uwe Schmidt, Schulleiter der Gerda-Taro-Schule in Leipzig, und Jan Hünicke, Elternratsvorsitzender, zeigten anhand ihrer eigenen Pläne, wie sie Demokratiebildung und Medienkompetenz miteinander verbinden wollen. Das Vermitteln von Normen und Werten sei sowohl für die Offline- als auch die Online-Gesellschaft wichtig. Lehrer könnten jedoch nicht alles, auch wenn das von der Politik gerne suggeriert werde. Deshalb seien sie dankbar für Angebote wie die von „Lie Detectors“. Die belgische Organisation vermittelt Journalistinnen und Journalisten, die den Schülerinnen und Schülern im Unterricht einen Einblick in die journalistische Arbeit erlauben. In zwei Unterrichtsstunden wird anhand von praktischen Beispielen erklärt, wie Nachrichten funktionieren und wie Fehler und Falschmeldungen identifiziert werden können. Die Schüler/innen sollen dadurch im kritischen Umgang mit Informationen geschult werden.

Zivilcourage ins Netz tragen

Neben Desinformation ist auch die gewaltsame Rhetorik und Auseinandersetzung im Netz im Fokus vieler vor allem zivilgesellschaftlicher Organisationen. David Scheuing, Koordinator für die Multiplikationsarbeit bei „LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz“, plädierte dafür, die Grundlagen von Zivilcourage ins Netz zu bringen. Hierfür bietet die Organisation unter anderem Online-Trainings an, die Menschen darauf vorbereiten, sich selbst aktiv einzumischen. Grundsätzlich gelte es, sich Auseinandersetzungen nicht alleine zu stellen, sondern Mitstreiter/innen zu suchen und gemeinsam gegen Hass anzugehen. Schwierig sei es oft zu erkennen,

ob die Gegenseite überhaupt in einen Dialog treten wolle oder sich lieber weiter in der eigenen Echo-kammer bewege. Diese Erfahrung macht auch Dr. Lutz Kinkel, Direktor des Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPM) in Leipzig, der gerade bei Erwachsenen einen Unterschied sieht zwischen Leuten, die zweifeln und diskussionsfähig sind, und den „Believern“, die in ihrem Glaubenssystem feststecken und mit denen man letztlich gar nicht mehr diskutieren könne. Dies koste oft Zeit und Nerven, dennoch würden sie auch beim ECPM immer wieder den Dialog (ver-)suchen.

Grenzen überwinden – Frieden online und offline schaffen

Gerade in Konfliktländern kann der Hass im Netz reale Gewalt schüren. Davon berichteten Eva Yayi Mawa Upele, Mitgründerin und Geschäftsführerin von GoGirlsICT aus Juba und Stephen Kovats,



„Sharing the Love“ - Ronny Edry (vorne links) mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum Abschluss des Dresdner Forums

Mitgründer der rog_agency in Berlin. Mit Beginn des Krieges im Südsudan 2013 sei schnell sichtbar geworden, dass der Konflikt keineswegs allein vor Ort, sondern auch über soziale Konflikte aufgeheizt worden sei. Zum Teil mischten sich im Ausland Lebende ein und schürten zusätzlichen Unfrieden. Mit dem Hashtag #defyhatenow versuchte Kovats' Organisation, die Diskussion in den sozialen Medien positiv zu beeinflussen. Ziel war es, den Kriegstreibern in den Netzwerken nicht „das Feld“ zu überlassen. Jugendliche, Schulen aber auch Politiker/innen wurden darin geschult, wie sie gegen Hass und Falschmeldungen schreiben können. Am Ende der Projektlaufzeit habe sich gezeigt, dass Online-Diskussionen ausgewogener werden, so Kovats.

Dass soziale Medien nicht nur trennen, sondern auch einen können, zeigte am Ende der Konferenz insbesondere das Beispiel der Peace Factory, die der Grafiker Ronny Edry aus Tel Aviv gegründet hat. In einem Klima, in dem die „andere Seite“ (die Palästinenser, die Iraner, die Libanesen, die Israelis) kontinuierlich als Feind dargestellt wird und ein persönliches Kennenlernen und Aufeinandertreffen überhaupt nicht möglich wird, nutzt die Peace Factory ganz explizit den „Facebook-Virus“, um diese Grenzen und Barrieren zu überwinden. Was mit einem Facebook-Post in einer Krise zwischen dem Iran und Israel begann („Dear Iranians, we love you, we don't want to bomb you/I don't hate you“), wurde mittlerweile zu einer weltweiten Kampagne mit zahlreichen Facebook-Gruppen, die Millionen Besucher generiert und letztlich sogar bereits reale Begegnungen im Ausland ermöglicht hat. Das Erstaunlichste, so Edry, war die Erkenntnis, dass sie – egal ob Ägypter, Palästinenser, Libanesen, Iraner und Israelis – außerhalb der Konfliktzone vor allem Gemeinsamkeiten teilen: Dort seien sie die aus dem Nahen Osten, die alle mit den Händen reden, dasselbe Essen mögen, sich ähnlich sehen – und dennoch meist aufeinander schießen. Abschließend blieb die hoffnungsvolle Frage im Raum: „Can we shoot less if we post more“?

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2019